



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Boehm, Max Hildebert: Die Revolution, die wir brauchen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Revolution, die wir brauchten

Von Dr. Mag Hildebert Boehm

I.



Is ich am 9. November v. J. mit einem Freunde durch die aufgeregt belebten Straßen Berlins ging, machte dieser die Bemerkung er vermisse in all den Bildern, die sich unseren Blicken boten, jede Spur von Enthusiasmus. Diese Beobachtung kennzeichnet die ganze deutsche Revolution in ihrem bisherigen Verlauf. Hält man die Stimmung des Novembers 1918 etwa gegen die des Augusts 1914, so fällt der Vergleich in der Richtung auf den dionysischen Ton der seelischen Erregung sehr zu ungunsten der Revolution aus. Kein Lied, kein Wort, kein Symbol, das dem Geschehen der letzten Wochen eigentümlich wäre. Etwas Radau und Sensation auf den Straßen, die unsinnig herumsausenden Militärautos mit den roten Fahnen in den ersten Tagen, umgröhl't von Straßenjungen, von den Erwachsenen mit ängstlich stummer Neugierde bestaunt, dazu die Maffia nach den Kokarden, eine sinnlose Nachahmung des österreichischen Beispiels (auch da ließ der erste Eifer schnell nach), die Hissung der roten Flagge auf einigen öffentlichen Gebäuden — mehr ist an Ausdruckserscheinungen der Umwälzung kaum aufzuführen. Eine ärmliche Ausbeute, die nicht gerade für die Tiefe und innere Notwendigkeit der Bewegung Zeugnis ablegt.

Aber vielleicht ist es nicht Sache des Deutschen, einer großen Bewegung sofort die sinnfällige Form zu geben? Vielleicht mußte gerade aus dem Wesen unseres bedächtigen Volkes heraus seine Revolution ein so ruhiges sachliches Gepräge tragen? Man könnte an diese Einwirkung des deutschen Rationalcharakters glauben, nur zeigt auch im rein Organisatorischen die Revolution dieselbe Armut, die sie auf dem Gebiet des russischen Sinnbildes aufweist. Die schnelle Beseitigung der Dynastien bedeutete im Augenblick nicht viel mehr als die Entfernung eines dekorativen Knaufes an der Spitze der einzelstaatlichen Gebäude, der hohe Personenwechsel in den Zentralbehörden war nichts neues gegenüber den Erfahrungen der letzten Wochen, Monate und Jahre, vor der Katastrophe wurden wir bewahrt, indem der gesamte Apparat ruhig, als wäre nichts geschehen, weiter arbeitete, ein Beweis mehr dafür, daß das Schwergewicht seiner Leistung schon vorher nicht in den oberen Spitzen zu suchen war. Am stärksten trat der Wechsel im Schwinden der militärischen Disziplin zutage. Es zeigte sich an diesem Punkt, daß die Revolution ihrem Wesen nach eine reine Militärrevolte war, deren Wellenbewegung sich von der Marine aufs Heimatheer und die Steppe und erst in letzter Linie auf die Fronttruppen übertrug. Das eigentlich neue waren die Arbeiter- und Soldatenräte, eine Art berufsständischer Vertretung zweier Schichten, die für die Dauer des mobilen Zustandes sich mit einem gewissen Recht als das Massenfundament unseres Volkes betrachten können. Diese improvisierten Klassen-

vertretungen übernahmen im großen und kleinen die Rolle der Parlamente, die meist recht lang- und kluglos in der Versenkung verschwanden und durch ihr unrühmliches Ende ihre politische Sämmerlichkeit auch denen bekundeten, die aus Doktrinarismus oder Harmlosigkeit bisher nicht daran hatten glauben wollen. Indem aber die Exekutive von seiten dieser A.- und S.-Räte, die sich als Träger der revolutionären Gewalt fühlten, doch allenthalben in die Hand der Regierungsorgane zurückgegeben wurde, änderte sich im Grunde in unserer Regierung nichts als die Besetzung der wichtigsten Ämter, die mit dem Gros ihres früheren Beamtenstandes weiter arbeitete. Und um die Liquidierung dieses Schwebezustandes streiten sich zwei Gewalten: das gesamte Bürgertum mißsam einer starken Mehrheit innerhalb des sozialistischen Proletariats wünscht die Nationalversammlung, die mit einer neuen Gestaltung der Verfassung den Regierungen wieder eine rechtliche Grundlage geben und die improvisierten Massenvertretungen durch eine Nationalgesamtwahlvertretung ersetzen soll, die Radikalen von der äußersten Linken hingegen wollen die proletarische Klassendiktatur durch Übertragung der gesamten Gewalt an die Arbeiter- und Soldatenräte, die bei fortschreitender Demobilisierung sich automatisch in reine Arbeiterräte verwandeln müssen. Auf dem wackligen Postament, an dem von rechts und links gezerrt wird, steht die derzeitige Regierung in einem Augenblick, wo es um die deutsche Zukunft für Jahrzehnte und Jahrhunderte, wo es um Sein und Nichtsein des deutschen Volkes geht, wo es alle Sinne und Gedanken auf das eine große Ziel zu konzentrieren gilt, aus dem furchtbaren Schiffbruch wenigstens noch einige rettende Planken für die Zukunft unseres Volkes zu ergattern, muß die Regierung noch dauernd gegen die Gewalten ankämpfen, die ihren eigenen Bestand bedrohen. Eine wahrhaft furchtbare Lage für unser schon zum äußersten geprüftes Volk.

II.

Es ist soviel über die politische Ideenlosigkeit des alten Regimes geklagt worden, daß die Frage wohl erlaubt ist, wo denn nun eigentlich die Ideen zu suchen sind, mit denen das neue über das alte Regiment triumphieren will. Stellen wir diese Frage zunächst in außenpolitischer Richtung, so ist bereits mit recht betont worden, daß die einzige Gruppe der sozialistischen Linken, die überhaupt so etwas wie ein außenpolitisches Programm hat, die Spartakusgruppe ist. Auch sie hat lediglich fanatische Epigonen zu Führern, die das überkommene Programm der kommunistischen Orthodoxie heute durchsetzen wollen. Wie Trozki und Lenin, die an Originalität der Gedankensführung und an organisatorischem Willen den Diebnecht und Konsorten immer noch himmelhoch überlegen sind, erhoffen sie vom Sieg des Bolschewismus in Deutschland, ein Umsichgreifen der Weltrevolution und ein gänzlichliches Aufhören der Sonderstaatlichkeit, die der Grund des Staatenwiderstreits ist. Freilich wird hier der außenpolitische Pazifismus mit einem innerpolitischen Militarismus, dem zur Dauerform erklärten Klassen- und Bürgerkrieg erkauft. Immerhin aber wäre das Zustandekommen der Weltrevolution einer der Wege, das deutsche Volk vor der völligen Vernichtung durch den ententistischen Gewaltfrieden zu bewahren. Nur würden dessen mörderische Wirkungen im Falle des Sieges der Spartakusgruppe statt von außen eben durch Anarchie, Bürgerkrieg und soziales Chaos von innen her kommen.

Die herrschende Gruppe der Sozialisten hat überhaupt kein außenpolitisches Programm. Die Mehrheitssozialisten haben durch ihre unglückselige Mittelstellung den Anschluß nach links wie nach rechts verpaßt und hängen qualvoll in der Spalte zwischen beiden. Zum Teil haben sie die Schwankungen der deutschen Siegeshoffnungen und Friedensziele bis zu einem gewissen Grade mitgemacht, das Bleigewicht ihrer Parteidoktrinen hat sie aber gehindert, die eigenen Ziele des deutschen Machtstaates durch eigene Methoden der internationalen Machtpolitik, die ihrem Wesen nach keineswegs bloß militärischer Art zu sein brauchen, soweit in sich zur Reife zu bringen, daß sie nach dem Zusammenbruch des militaristischen Imperialismus bei uns und nach dem Triumph der gleichen Haltung bei den

Feinden, die Fähigkeit zu wirksamer außenpolitischer Abwehr aufweisen. Es rächt sich an ihnen die Schuld unserer Sozialdemokratie, die sich außenpolitisch mit negativer Kritik begnügte, statt zu positiver Zielsetzung fortzuschreiten. In der jetzigen Notstunde ist es zu spät, die brachliegenden außenpolitischen Möglichkeiten gerade des deutschen Sozialismus fruchtbar zu machen. Was man dem alten Regime zum schweren Vorwurf machen konnte, das ideenlose Lasten in der äußeren Politik, das trifft mit noch größerer Wucht die neue Regierung. Außenpolitisch hat uns die Revolution keine fruchtbare Idee geschenkt. Es ist alles beim alten geblieben.

III.

Und in der inneren Politik? Dort sehen wir einstweilen Adolf Hoffmann im Kultusministerium eifrig am Werk, begleitet vom Lächeln oder der Entrüstung der Nation die deutsche Frage vom Geschichts- und Religionsunterricht her zu „lösen“. In innerpolitischer Beziehung hat die neue Regierung ein Programm, ihr Erfurter Parteiprogramm. Aber wesentliche Stücke davon kann sie jetzt nicht zur Verwirklichung bringen, weil dazu die Mittel fehlen. So schweigt sich Adolf Hoffmann geflissentlich über die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel aus, die in Erfurt für alle Schulen verlangt wurde¹⁾

Eine schnelle Lösung hat die Frage des Frauenwahlrechts gefunden. Auch darüber regt sich niemand im bürgerlichen Lager auf. Es ist möglich, daß sogar die konservativen Gewalten davon den Vorteil haben werden. Der Achtstundentag wird sich halten, solange es die wirtschaftliche Lage erlaubt.

Die große Frage der Sozialisierung der Produktionsmittel aber macht der neuen Regierung peinliches Kopfzerbrechen. Jahrzehntlang haben sich die Träume der Massen um diesen Programmpunkt gesponnen, nun sehen die klugen Führer ein, daß unser Wirtschaftsleben eine radikale Umwälzung in diesem kritischsten Augenblick nicht verträgt. Ja, es ist sogar die sehr beachtenswerte Erwägung laut geworden, daß die Vergesellschaftung, oder was heute dasselbe ist, die Verstaatlichung unseres Wirtschaftslebens unseren Feinden die wirtschaftliche Anbelung Deutschlands noch wesentlich erleichtert. Vor einem plötzlichen Übergang warnt also die Vernunft heute mehr als je. Eine allmähliche Verstaatlichung wichtiger Betriebe aber hatte auch die alte Regierung bereits vorgeesehen, dieser Prozeß war durch den Krieg eingeleitet worden und hätte sich gar nicht aufhalten lassen. Auch hier also bringt die Revolution keine neue Idee, sondern muß alle Mühe daran wenden, daß das alte Geleise nicht verlassen wird. Denn die Ebert—Scheidemann—Heine und wie sie heißen mögen, sie wissen ganz genau: neben diesem schmalen Wege klappt der Abgrund.

Was nun freilich über diese allgemeinsten Fragen hinausgeht, die Neugestaltung der Reichsverfassung, die Neugliederung der Bundesstaaten, die neue Gestaltung der Vertretungskörper, die Bundesorganisation, — in all diesen Fragen tappt die neue Regierung genau so im Dunkeln, wie in den großen Fragen der äußeren Politik, von neuen Ideen und vom Willen zu ihrer Durchsetzung ist im sozialistischen Lager auch da nichts zu merken. Ein bürgerlicher Fachmann, Professor Hugo Preuß, arbeitet am Verfassungsentwurf, und unter den namhaften Staatsrechtlern, die er sich nach einer Zeitungsmeldung für die Vorarbeiten heranziehen will, dürften die Männer der herrschenden Partei auch nicht gerade zahlreich sein.

Bei dieser innerpolitischen Verwirrung und Direktionslosigkeit blüht der Weizen des Separatismus, im Westen verbindet er sich mit der klerikal-kapita-

¹⁾ In diesem Punkt hat übrigens bereits Friedrich der Große als gut preußischer Staatssozialist die Forderung der Sozialdemokratie vorweg erfüllt. So hat er für die Schulkinder des von Polen völlig verwahrloht übernommenen Nezedistrikts nicht nur Schulhäuser und Lehrkräfte beschafft, sondern auch Lehrbücher drucken lassen und unentgeltlich verteilt.

listischen Reaktion, im Süden arbeitet er mit den dumpfen bajuarischen Instinkten unter der Regie eines geschickten Literaten. In Berlin aber kämpft man gegen den Anarchismus von links und hofft im übrigen auf den rettenden Deusex machina, die Nationalversammlung, wo dem deutschen Volk das Gottesgeschenk einer idealen inneren Neuorganisation in den Schoß fallen soll.

Die Partei, die noch gestern sich mit Leib und Seele für den Parlamentarismus einsetzte, sieht heute der Verdrängung der Parlamente ruhigen Blutes zu. Die fanatischen Gegner eines berufsständischen Wahlrechts schaffen in den Arbeiter- und Soldatenräten nach treulich kopiertem russischen Muster eine neue berufsständische Vertretungsorganisation. Die überzeugten Verfechter des direkten Wahlrechts bringen in diesem Vertretungssystem ein höchst verwickeltes indirektes Wahlrecht zur Geltung. Wo ist in alledem Klarheit und Bewußtsein, wo ist die Idee, die um sich weiß, und aus diesem Wissen den starken Antrieb und die große Gebärde findet? Die Idee fehlt. Das Alte arbeitet nach einem Gesetz historischer Trägheit einstweilen noch weiter, wie der Leib einer Ratte noch eine Weile zappelt, nachdem man ihr den Kopf abgeschlagen hat. Neu ist die Verwirrung und die Ratlosigkeit, oder vielmehr: dort an den oberen Stellen ist auch sie nicht neu. Das ganze Schauspiel wäre zum Lachen, wenn es nicht zum Heulen wäre.

IV.

Warum fehlen die neuen Ideen? Weil die neuen Kräfte fehlen. In allen Parteien, von der äußersten Rechten bis zur radikalen Linken, sind auch heute die alten Männer am Steuer. Die Schifflein sind neu angestrichen, tragen vor allem neue Namen, die sich an Demokratismus zu überbieten suchen, auch die Reklametafeln der Parteiprogramme zeigen zeitgemäße Retouchen, wobei die schöne Ehrlichkeit angenehm auffällt, mit der die Internationalen Liberalen um Theodor Wolff, die gestern noch ach so Kaisertreuen, sich nunmehr aus tiefster Überzeugung zum Republikanismus bekennen. Also die Fassade ist allenthalben neu aufgemacht, aber hinter den Fensterscheiben sieht man all die leider nur zu wohl bekannten Gesichter. Wenn sie nicht mit einer politischen Vergangenheit „behaftet“ sind, in der Zuversicht zum deutschen Sieg, Vertrauen in die deutsche Kraft und ähnliche heute ausgestorbene oder verfehnte Tugenden eine Rolle spielten, dann haben sie eben Glück gehabt. Aber auch die Lauen und Flaumacher von gestern und vorgestern, denen die Stunde Recht zu geben scheint, obgleich sie ihnen im tiefsten Unrecht gibt, sollen sich das eine gesagt sein lassen: auch sie sind viel zu eng mit den Zuständen und Einrichtungen verbunden, an deren Überwindung die kommende Revolution arbeiten muß. Die eigentlichen Drahtzieher und deren klägliche Mitläufer nicht nur, auch die schwächlichen und vor allem die feigen, verlogenen Opponenten der Wilhelminischen Armee, die Exmonarchisten mit dem frisch aus der Taufe gehobenen Republikanertum sind gleich belastet. Was kommen muß, ist eine neue, eine querschichtige Revolution in allen Parteien und allen Behörden. Wir müssen heute alle wieder in die Schule gehen, die Konservativen sogar wie die Liberalen und die Sozialisten. Wer sich innerlich allzusehr festgelegt hatte, wem Sichts oder Arterienverkalkung die jugendliche Gelentigkeit des Denkens und Wollens geraubt hat, für den ist kein Raum im neuen Deutschland. Sein Anteil in Ehren soll jedem gegönnt sein, der redlich sein Wirken und Wollen für eine Politik eingesetzt hat, die heute Schiffbruch erlitten hat. Was wir brauchen ist die politische Blüthenenergerung, die nur durch neue Männer, durch jüngere Kräfte in unser öffentliches Leben kommen kann. Insbesondere sind es die bürgerlichen Parteien sich schuldig, schon bei der Aufstellung der Kandidatenwahl für die Nationalversammlung zu bedenken, was sie der Zukunft des bürgerlichen Gedankens schuldig sind. Es bestehen leider Anzeichen genug, daß die bürgerlichen Parteien aus den Ereignissen nichts gelernt haben. Ich fürchte, daß gerade die Rechtsparteien noch viel Lehrgeld werden zahlen müssen, bis sich bei ihnen die Einsicht durchgerungen hat, daß nicht durch ein Flickern, Ausbessern und Modernisieren der alten Parteiprogramme dem Gebote der Stunde Genüge geschieht.

daß nicht ängstliches Festhalten, sondern nur Wagemut bei allen Parteien heute zur Führerschaft ausweist.

Selbstverständlich ist damit nicht der Herrschaft der Halbwüchslinge das Wort geredet, zu der sich das Regiment der Arbeiter- und Soldatenräte vielfach auswächst. Was heute noch im wehrfähigen Alter steht, die Generation, die den Krieg am eigenen Leibe gespürt hat, die wie keine von ihm erfaßt und innerlich gewandelt ist, nicht aber die überständigen Greise oder gar die Rekruten sind dazu berufen, das Steuer tatkräftig in die Hand zu nehmen. Die Novemberunruhen, die unserer militärischen Widerstandskraft das Rückgrat gebrochen und uns wehrlos in die Hände unserer Feinde ausgeliefert haben, sind von ein paar unverantwortlichen Führern mit Hilfe der Gese des Heeres in Heimat und Etappe ins Werk gesetzt worden, die jeder rechte Frontsoldat auf tiefste mißachtet. Schon weht allenthalben ein anderer Wind, seit das Frontheer zurückströmt, das eine zu schwere Schule der Verantwortlichkeit durchgemacht hat, um dies zersekende, ordnungszerstörende Treiben auf die Dauer zu dulden. Die Front ist der große Kräftebehälter, aus dem auch die politischen Talente aller Parteien aufsteigen müssen, denen es obliegt, das eigentliche Werk der Revolution zu beginnen und zu vollenden. Dazu gehört Zeit. Wie die Probleme des Krieges langsam gereift sind, so wird auch die Revolution erst ganz allmählich zu sich selber kommen. Das aber wird nicht mehr ein Nummel für Straßenjungen, wird hoffentlich auch nicht ein sinnloses Wüten aller gegen alle nach dem Traum der Spartakusleute, das wird die sicher nicht ohne schwere Kämpfe sich vollziehende Erneuerung der Säfte und Kräfte unseres gesamten politischen Lebens sein. Alle Schichten und Parteien werden daran Anteil haben. Für sie müssen alle Sinne geschärft, alle Muskeln gestrafft werden.

Auch wir, die jungen und zukunftsicheren im Lager der Rechten, jubeln ihr zu, weil sie groß und innerlich befreiend sein wird, wie ein reinigendes Gewitter.

Diese, die wahre und große deutsche Revolution, ist auf dem Marsch. Wehe den lahmen Greisen, die da nicht Schritt halten können. Ihre Stunde ist vorbei, ihnen ist nicht zu helfen. Heil und Sieg allen jungen und starken Kräften, von denen dem deutschen Volk das Wunder seiner Errettung kommen muß.



Preußen — ein geographischer Begriff?

Von Dr. Heinrich Otto Meisner



Der 9. November bedeutet nicht nur eine neue Epoche unserer Verfassungsentwicklung, auch das Problem der deutschen Staatenbildung ist wieder akut geworden. Daß hier ein innerer Zusammenhang vorliegt, werden wir noch sehen.¹⁾

Besteht der Begriff des preussischen Einheitsstaates heute noch? Die Frage gestellt nicht in dem äußerlichen Sinne einer Integrität seines Gebietes, im Hinblick auf tatsächliche Auflösungserscheinungen, wie sie revolutionäre Zeiten mit sich bringen könnten, wie sie aber mit allmählicher Konsolidierung von selbst wieder verschwinden. Vielmehr, besteht jener

¹⁾ Dieser Aufsatz gibt in seinen Schlussfolgerungen lediglich die Meinung des Herrn Verfassers wieder. Ich vermag ihm nicht in allem zu folgen. Nachdem aber bisher fast ausschließlich Stimmen für die restlose Auflösung Preußens zu Worte gekommen sind, scheint es mir nützlich, auch einer andern Gehör zu verschaffen. G. Cl.